## Antrag

der Fraktion der Föderalistischen Union (BP-Z)

betr. Vorlage eines Änderungsgesetzes über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, spätestens bis zum 30. April 1952 einen Gesetzentwurf zur Anderung des Gesetzes über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk vom 21. Dezember 1938 (RGBl. I S. 1900) vorzulegen. Der Gesetzentwurf soll

- 1. die Versicherungspflicht weitgehend lockern,
- Bestimmung über eine angemessene Aufwertung der vor dem 21. Juni 1948 zur Ablösung des Versicherungszwangs abgeschlossenen Lebensversicherungen treffen,
- 3. eine ausreichende Frist für die Übergangsregelung setzen.

Bonn, den 14. Februar 1952

Dr. Etzel (Bamberg)
Dr. Besold
Dr. Reismann
Dr. Decker Pannenbecker
und Fraktion